

Abschied von der Wachstumsideologie

Warum Wachstum in den Industrieländern weder erreichbar noch wünschenswert ist

von Tanja von Egan-Krieger und Barbara Muraca

In der Nachfolge der Finanzkrise waren die europäischen Regierungen vor allem darum bemüht, das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln. Dabei wurde der herkömmliche Wachstumsindikator – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – fraglos vorausgesetzt. Erst Anfang dieses Jahres wurden kritische Stimmen auch auf Regierungsebene laut. So forderte Angela Merkel in einer Videobotschaft vom Februar:

„Wir müssen lernen, den Wachstumsbegriff für das 21. Jahrhundert neu zu definieren“ (Merkel 2010).

Welches Wachstum meinen wir?

Das BIP wird schon seit langer Zeit als Indikator für Wirtschaftswachstum kritisiert. Zumal es in der Regel nicht nur als ein Indikator für Wirtschaftswachstum, sondern auch als Maßstab unseres Wohlstands verwendet wird. Um nur einige dieser Kritikpunkte zu nennen: Das BIP misst nur die Produktion für den Markt. Leistungen, die nicht auf dem Markt erbracht werden, wie z.B. ein Teil der Kindererziehung, bleiben daher unberücksichtigt. Doch nicht nur auf der „Einnahmeseite“ wird das BIP kritisiert, sondern auch bezüglich der unzureichenden bzw. falschen Berücksichtigung von Kosten. So werden Schädigungen der natürlichen Umwelt nicht berücksichtigt, sondern im Gegenteil, die Ausgaben für die Reparatur solcher Schäden noch positiv ins BIP eingerechnet. Diese so genannten defensiven Kosten können auch im sozialen Bereich entstehen (z.B. Ausgaben für Arbeits- oder Verkehrsunfälle). Zudem wird der Wert der produzierten Güter und Dienstleistungen einfach zu einer Gesamtsumme addiert. Die Verteilung der Einkommen auf Personen oder Haushalte kann so nicht in den Blick genommen werden.

Die vielfältige Kritik am BIP hat zur Entwicklung verschiedenster alternativer Indikatoren geführt. Insbesondere die Kritik am BIP aus Sicht der ökologischen Nachhaltigkeit führte zu Indikatoren, die das BIP um ökologische Aspekte bereinigen sollten. Indikatoren, die unter dem Schlagwort „Grünes BIP“ geführt werden, versuchen, das BIP um die Erschöpfung oder Zerstörung natürlicher Ressourcen zu korrigieren. Andere Indikatoren wie der „Index of Sustainable Economic Welfare“ (ISEW) und der „Genuine Progress Indicator“ (GPI) gehen in ihren Korrekturen deutlich weiter und entfernen sich damit auch stärker von den üblichen Bilanzierungen des BIP. Im ISEW beispielsweise werden die Verteilung der Einkommen, die Erschöpfung von Naturkapital (darunter nicht nur Ressourcen, sondern auch Ökosysteme), ökologische Schäden wie Wasser- und Luftverschmutzung und die unbezahlte Hausarbeit eingerechnet.

Mit der Entwicklung dieser Indikatoren wurden jedoch zwei Fragen miteinander vermischt. Erstens stellt sich die Frage nach einem angemessenen Wohlstandsindikator, zweitens die Frage, ob ein Wirtschaftswachstum im Sinne des BIP und/oder im Sinne eines alternativen Wohlstandsindikators nachhaltig sein kann, d.h. ob ein solches Wachstum unendlich fortgesetzt werden kann. Zu Recht fordert daher die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission in ihrem „Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ diese zwei Aspekte zu trennen. Im Falle des Wohlstandsindikators schlägt sie vor, den Fokus stärker auf die Einkommens- und Konsumseite zu legen, anstatt auf die Produktion.

Zudem fordert sie dazu auf, die Verteilung der Einkommen und die nicht markt-basierten

Leistungen einzubeziehen. Ein solcher Indikator könnte den materiellen Wohlstand besser abbilden. Doch ist solch ein Wachstum auf lange Sicht erreichbar, ohne die Chancen zukünftiger Generationen zu schmälern, ihre Bedürfnisse gleichermaßen zu befriedigen? Letzteres ist ein Gebot der intergenerationellen Gerechtigkeit. Ein nachhaltiges Wachstum wäre aber nur erreichbar, wenn das Wirtschaftswachstum von der Nutzung natürlicher Ressourcen entkoppelt werden könnte.

Wachstum und Ressourcenverbrauch

Die Möglichkeit einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung wurde unter dem Stichwort „Effizienzrevolution“, „Faktor 4“ oder gar „Faktor 10“ u.a. von Ernst Ulrich von Weizsäcker propagiert. Eine solche ‚Dematerialisierung‘ der Wirtschaft sei zum einen durch technischen Fortschritt erreichbar, der zu einer erhöhten Ressourcenproduktivität führe und zum anderen durch die Verschiebung der Wertschöpfung auf den Dienstleistungssektor. Eine Effizienzrevolution wäre eine willkommene Chance, am Modell des auf Wirtschaftswachstum basierenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems festzuhalten und dabei gleichzeitig den ökologischen Anforderungen gerecht zu werden. Doch ist diese Möglichkeit umstritten.

Um ein nachhaltiges Wachstum erreichen zu können, müsste die Ressourcenproduktivität deutlich schneller steigen als das BIP. Tatsächlich lässt sich zwar gegenwärtig eine Steigerung der relativen Ressourcenproduktivität feststellen (d.h. pro Endprodukt werden

vergleichsweise immer weniger Ressourcen eingesetzt). Sie wächst jedoch nicht schneller als das BIP, so dass die absolute Ressourcennutzung weiter zunimmt. Parallel zu der Effizienzerhöhung und der damit verbundenen Kosten- und Preisreduktion nimmt nämlich auch die Nachfrage zu. Dieses Phänomen, das in der Ökonomie als ‚Jevon-Paradox‘ oder ‚Rebound-Effekt‘ bekannt ist, ist laut einigen Ökonomen wie dem französischen Degrowth-Theoretiker François Schneider kein unerwünschter Nebeneffekt, sondern ein immanenter Widerspruch einer auf Wachstum basierenden Wirtschaftsstruktur: Technische Verbesserungen führen nämlich zu einer Senkung der Kosten der Ressourcennutzung und begünstigen daher ihre intensivere Inanspruchnahme. Am Ende steigt die gesamte Ressourcenutzung trotz steigender Ressourceneffizienz.

Ohne Regulierungsmechanismen führt eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft daher nicht automatisch zu einer geringeren Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen.

Auch eine Dematerialisierung durch die Verschiebung der Produktion auf den dritten Sektor kann illusorisch sein: Denn bislang ist eine wichtige Bedingung dieser Verschiebung in den Industrieländer die Verlagerung von ressourcen- und senkenintensiven Produktionssektoren (Bergbau; intensive Landnutzung) in die Länder des globalen Südens. Zahlreiche EntwicklungskritikerInnen aus verschiedenen Ländern betonen, dass das Wirtschaftswachstum in den so genannten Entwicklungsländern vor allem die Industrieländer begünstigt.

Selbst wenn die Frage danach, ob ein nachhaltiges Wachstum überhaupt erreichbar ist oder nicht, beantwortet ist, bleibt eine



weitere Frage offen: Wollen wir, dass unsere Wirtschaft ins Unendliche wächst? Auch ein veränderter Wohlstandsindikator, der unseren materiellen Wohlstand besser abbildet und dabei sogar Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigt, bleibt ein Indikator für materiellen Wohlstand. Andere Aspekte unserer Lebensqualität bleiben so außen vor.

Wachstum und Lebensqualität

Inwieweit steigender Wohlstand auch eine Steigerung an Lebensqualität mit sich bringt, ist schwer nachweisbar: Max-Neef entwickelte 1995 anhand eines Vergleichs des BIP und alternativer Indikatoren seine sog. Schwellen-Hypothese. Dieser Hypothese zufolge hat seit den 1980er Jahren die Lebensqualität in vielen westlichen Industrieländern bei wachsendem (materiellen) Lebensstandard nicht mehr zugenommen. Ergebnisse der Glücksforschung unterstützen diese Hypothese. So hat zum Beispiel der Glücksforscher Layard gezeigt, dass ab einer bestimmten Schwelle von Einkommen, die in etwa bei 10.000 bis 15.000 US-Dollars liegt, das individuelle selbst-definierte Glück nicht weiter steigt, sondern sogar abnimmt. Dies lässt sich laut Binswanger durch so genannte Tretmühlen erklären, die durch Wachstum verursacht werden: Durch die Perspektive eines zunehmenden Wohlstands steigt der Bedarf an einer kontinuierlichen Statusdifferenzierung.

Dementsprechend fordert Layard eine Fokussierung auf Glück als alternativen Indikator zum BIP. Gegen diese Vorstellung weisen der Ökonom und Nobelpreisträger Amartya Sen und die Philosophin Martha Nussbaum darauf hin, dass subjektiv wahrgenommenes Glück keine gute Grundlage bietet, um festzustellen, ob Menschen tatsächlich ein ‚gutes Leben‘ führen. Subjektive Wertungen und Präferenzen lassen sich nämlich sehr stark von gesellschaftlichen und kulturellen Machtverhältnissen beeinflussen – so dass die Zufriedenheit einzelner Menschen stark von ihrer Erziehung

und Sozialisation abhängig ist. Der Begriff des guten Lebens geht laut Nussbaum auf die antike Bestimmung der ‚Eudaimonia‘ zurück und bezieht sich nicht auf einzelne subjektive Momente des Glückempfindens, sondern vielmehr auf die Gesamtheit eines ‚glückseligen‘, weil menschenwürdigen Lebens.

Menschen sind in unterschiedlichem Maße in der Lage, Güter zum Zwecke ihres guten Lebens einzusetzen, je nachdem, wie ihre konkreten Lebensbedingungen aussehen (Behinderungen, Diskriminierungen, Gesundheitszustand, Wissen etc.). Das heißt, dass die Ausübung eines guten Lebens abhängig von den konkreten Fähigkeiten und realen Möglichkeiten der Menschen ist. Sen legt den Fokus daher auf die substantiellen Freiheiten zur Verwirklichung des Lebens. Diese Freiheiten beziehen sich damit nicht auf alle kontingenten Präferenzen, sondern nur auf diejenigen, die unter dem Licht der gemeinsamen Vernunft für substantielle Bedingungen für ein gutes menschliches Leben gehalten werden. Was Menschen tatsächlich imstande sind zu tun, lässt sich laut Sen und Nussbaum daher unabhängig von ihren subjektiven Wahrnehmungen ermitteln und zum Teil messen. Eine Konkretisierung dieser Vorstellung findet sich im so genannten Human Development Index wieder, der verschiedene Indikatoren für die Feststellung von Lebensqualität zugrunde legt, um einen internationalen Vergleich zu ermöglichen (vgl. <http://hdr.undp.org/en/statistics/>).

Die Unterscheidung zwischen Lebensqualität und Lebensstandard macht deutlich, dass Wirtschaftswachstum nur einen Teil zu unserer Lebensqualität beiträgt und es sich darüber hinaus auch negativ auf sie auswirken kann – nicht nur für zukünftige Generationen, sondern hier und jetzt. Gerade die Zerstörung von lebenswichtigen Ökosystemen betrifft heute lebende Menschen, vor allem in den Ländern des globalen Südens. Wie der katalanische Ökonom Martinez-Alier gezeigt hat, werden

durch Bergbau, intensive Landnutzung und industrielle Ressourcennutzung (z.B. Garnelenzucht an den Stätten von Mangrovenwäldern) die Lebensgrundlagen vieler indigenen Völker vernichtet und somit auch ihr Zugang zu notwendigen Bedingungen eines guten Lebens erschwert.

Globale Fragen der Umweltgerechtigkeit führen Martinez-Alier zu dem Schluss, dass eine Wachstumsrücknahme in den Industrieländern zu einer Entlastung des Drucks auf die Länder des globalen Südens führen würde. Er plädiert deswegen für ‚Degrowth‘ im Norden des Planeten und für ein mäßiges Wachstum im Süden.

Wir verdanken das enorme Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre auch der Tatsache eines sich verschärfenden Wettbewerbs. Doch dieser Wettbewerb ist bezüglich Fragen des guten Lebens nicht neutral. Hartmut Rosa weist darauf hin, dass die scheinbare ethische Neutralität des Wettbewerbs dazu geführt hat, dass der Wettbewerb vom Mittel zum Selbstzweck wurde. Es sei eine „fortwährende Angst vor dem persönlichen Scheitern“ entstanden. Laut Ulrich Thielemann führt das Wettbewerbsprinzip dazu, dass jeder zur Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit gezwungen ist, um nicht zu „den Verlierern“ des Wettbewerbs zu gehören. Damit wird das ursprüngliche Versprechen, eine wachsende individuelle Autonomie zu ermöglichen, untergraben. Die Freiheit, ein Leben nach den eigenen Vorstellungen des Guten zu führen, wird eingeschränkt.

Der ständige Wettbewerb führt außerdem zu einer Beeinträchtigung von sozialen Netzwerken und Beziehungen, die nicht über Marktmechanismen koordiniert werden. Die Zerstörung vielfältiger marktunabhängiger Zugänge zu notwendigen Lebensgrundlagen hat laut manchen EntwicklungskritikerInnen eine noch menschenwürdige und konviviale Armut in Entwicklungsländern in Elend ver-

wandelt und Menschen vom wirtschaftlichen Wachstum abhängig gemacht.

Vom Wachstum verabschieden?

Zieht man aus den vorangegangenen Überlegungen den naheliegenden Schluss, dass wir uns – zumindest in den Industrieländern – ab sofort vom Ziel des Wirtschaftswachstums verabschieden sollten, wird man auch von den Leuten Widerspruch erhalten, die einem in vielem oben Gesagten zustimmen. Gängige Gegenargumente sind, dass Wirtschaftswachstum Wohlstandszuwächse für ärmere Bevölkerungsschichten ermögliche, ohne den Reicheren etwas wegnehmen zu müssen. Doch bleibt bei diesem Argument meist unklar, was genau erreicht werden soll. Geht es nur darum, den absoluten Lebensstandard der ärmeren Bevölkerung anzuheben, egal wie stark der Lebensstandard anderer steigt, dann ist dies in der Tat leichter politisch durchzusetzen. Aber ist dieses Ziel in den Industrieländern mit ihrem vergleichsweise hohen Lebensstandard noch gerechtfertigt, oder wird die Lebensqualität der ärmeren Bevölkerung nicht vielmehr vor allem durch ihren relativen materiellen Wohlstand beeinflusst? Die Grundbedürfnisse der Betroffenen sind in aller Regel gesichert. Doch Fähigkeiten, die die soziale und politische Teilhabe, sowie die Anerkennung betreffen, werden vor allem durch einen relativen niedrigen Lebensstandard eingeschränkt. Die Bestimmungen von Armut und Reichtum lassen sich nicht trennen.

Es müsste demnach zumindest gelingen, die Ungleichheit mithilfe des Wachstums zu verringern, damit das oben genannte Argument überzeugen kann. De facto jedoch hat diese in den Industrieländern in den vergangenen Jahren trotz oder wegen Wachstums stark zugenommen. Vom Wachstum profitiert hat vor allem eine kleine Oberschicht. Es ist daher fraglich, ob Wachstum eine Bekämpfung von Ungleichheit wirklich erleichtert, oder ob Maßnahmen zur Ankurbelung von Wachstum

PapyRossa Verlag



Gerhard Feldbauer: Der Heilige Vater – Benedikt XVI.: Ein Papst und seine Tradition; 209 Seiten; EUR 14,90

Seligspredung von Anhängern Francos, Rehabilitation der Piusbrüder, Unterstützung für Berlusconi: Benedikt XVI. steht für eine altbewährte Tradition der Kurie und setzt die antimoderne Offensive seines Vorgängers fort.



Eric Hobsbawm: Zwischenwelten und Übergangszeiten – Interventionen und Wortmeldungen
Hardcover; 2., verb. Auflage; 240 Seiten; EUR 18,00

Als Historiker und politisch engagierter Zeitgenosse nimmt Eric Hobsbawm Stellung zu den weltpolitischen Umbrüchen der Gegenwart, zur Krise des Kapitalismus und zu Perspektiven für die Zukunft.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

nicht vielmehr dazu führen, dass auch Mechanismen gestärkt werden, die eine Zunahme der Ungleichheit fördern. Manche ExpertInnen halten ein gewisses Maß an Ungleichheit für eine notwendige Bedingung von Wachstum, denn sie gilt als Anreiz für soziale Mobilität nach oben.

Ein weiteres, häufig vorgebrachtes Argument gegen die Abkehr vom Wachstum lautet, dass nur ein ausreichendes Wachstum in der Lage wäre, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Löpfe und Vontobel merken in ihrem Buch „Arbeitswut“ dazu an: „Wir müssen endlich eine grundlegende Tatsache zur Kenntnis nehmen: Stetig wachsende Produktivität, längere Arbeitszeiten und Vollbeschäftigung lassen sich nicht unter einen Hut bringen“. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Zunahme an verfügbaren Arbeitskräften führen zwangsläufig zu einer steigenden Arbeitslosigkeit, wenn die Gesamtwirtschaft nicht stärker als die Arbeitsproduktivität pro Kopf wächst. Es handelt sich hier um ein positives Feedback: steigende Arbeitsproduktivität durch technologische Innovationen und Qualifizierung kurbelt das Wachstum an, weil sie freies Kapital für weitere Innovationen und für Investitionen in Qualifizierungsmaßnahmen frei setzt, was wiederum die Arbeitsproduktivität erhöht. Doch auch ein vergleichsweise hohes Wirtschaftswachstum führt heute nicht mehr automatisch zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Dieses Phänomen ist unter Experten als ‚jobless growth‘ bekannt.

Außerdem stellt sich die Frage, ob Vollbeschäftigung an sich eine notwendige Bedingung für ein gutes Leben sein muss. Sicherlich ist Erwerbsarbeit nicht nur als Einkommensquelle wichtig, sondern auch weil dadurch soziale Anerkennung, Teilhabe und Gestaltungspotenzial ermöglicht werden. So könnte man sagen, dass Erwerbsarbeit eine notwendige Bedingung für ein gutes menschliches Leben ist und dass jedeR ein Recht darauf haben soll. Jedoch stimmt dies nur innerhalb einer

Gesellschaft wie der unseren, die auf der Erwerbsarbeit als Mittel für gesellschaftliche Teilhabe gründet. In einer nicht wachsenden Wirtschaft müssen daher alternative Modelle eines gesellschaftlichen ‚Tätig-seins‘ entwickelt werden, die andere Zugänge zur sozialen Anerkennung, zum Gefühl der eigenen Würde und Wirksamkeit und zur sozialen Partizipation ermöglichen. Das Konzept der so genannten ‚Mischarbeit‘ verknüpft Erwerbsarbeit mit anderen gesellschaftlich relevanten unbezahlten Arbeitsformen wie zum Beispiel der Versorgungsarbeit und der Gemeinschaftsarbeit, wie u.a. bereits im Jahre 2000 eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung gezeigt hat. Dieses Konzept kann durch Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung umgesetzt werden. Ein Gewinn an Zeit, die für andere gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten genutzt werden kann, würde sicherlich zu einer Steigerung der Lebensqualität im Sinne von Sen und Nussbaum führen, sofern diese Tätigkeit nicht mit einer sozialen Abwertung gegenüber der Erwerbsarbeit stigmatisiert sind und nicht zu einer starken Beeinträchtigung der materiellen Lebensbedingungen führen. Eine Abkopplung von Erwerbsarbeit und Einkommen wird notwendig. Gerade die Finanzierung von Mischarbeitskonzepten spielt heute eine sehr wichtige Rolle in der wachstumskritischen Debatte, ohne dass sie ausreichend beantwortet wären. Hier sind auch Diskussionen bezogen auf das Grundeinkommen zentral, obwohl dieses Konzept stark umstritten ist. Insbesondere, weil es eine Vielzahl an Konzepten und diesen zugrunde liegenden Intentionen gibt. Daher halten wir eine Fortführung der differenzierten Auseinandersetzung mit den verschiedenen Modellen für nötig.

Fazit

Dass die Industrieländer nicht mehr weiter wachsen können wie es bisher möglich war, gilt mittlerweile als empirisch bestätigt. Auch die Verbindung zwischen Wachstum und intensiven Ressourcen- sowie Senkenverbrauch

selbst bei ökotechnologischen Investitionen lässt sich nur schwer abweisen. Dass zumindest die Industrieländer auch nicht mehr wachsen dürfen wie bisher, lässt sich als eine Anforderung der Gerechtigkeit gegenüber künftigen Generationen und – wie manche entwicklungskritische DenkerInnen behaupten – auch gegenüber heute lebenden Menschen in den Ländern des globalen Südens ebenfalls begründen. Glücksforschung und Forschung über Lebensqualität stellen außerdem in Frage, ob der Wachstumspfad oberhalb einer gewissen Schwelle überhaupt noch wünschenswert und sinnvoll ist. Es sollte unserer Auffassung nach aber weniger um das Ziel einer Umkehrung der Wachstumstendenzen (Schrumpfung um jeden Preis), als um die Abkopplung von der Bewertung des Zustandes einer Volkswirtschaft vom ökonomischem Wachstum gehen: Wachstum soll nicht mehr zum Maßstab und zum Ziel einer Volkswirtschaft erhoben werden. ■



Foto: www.fotolia.com, © Dark Vectorangel

☞ Tanja von Egan-Krieger promoviert in Philosophie zur Normativität in den Wirtschaftswissenschaften bei Prof. Konrad Ott (Universität Greifswald) und Prof. Peter Ulrich (Universität St. Gallen).

☞ Barbara Muraca hat Philosophie in Turin, Hamburg, Greifswald und Claremont studiert. 2008 hat sie mit einer Dissertation zum philosophisch-theoretischen Rahmen des Nachhaltigkeitskonzepts an der Universität Greifswald promoviert, wo sie z. Zt. als Lehrkraft für besondere Aufgaben tätig ist.